



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Eyssen, Jan: Finanzen nach dem Kriege

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Finanzen nach dem Kriege

Von Jan Eysen



edesmal, wenn Deutschland zu einer neuen Anleihe schreitet, geben sich die „Sachverständigen“ in London und Paris redliche Mühe, im „Economist“ und „Economist européen“ nachzuweisen, daß wir vor einer finanziellen Katastrophe stünden. Zweierlei Hoffnungen werden eben auf dem anderen Ufer gehegt: daß wir entweder finanziell oder ökonomisch zusammenbrechen. Oder beides zugleich. Erst am 29. August brachte der „Telegraaf“, dessen Abhängigkeit vom Englandblock bekannt ist, einen Aufsatz über Deutschlands neue Ernte, dessen Schlüßsätze die bestimmte Erwartung formulierten, daß die Ernte von 1917 unbedingt den Zusammenbruch Deutschlands bringen müsse. Es fehle an Kunstdünger, besonders an Stickstoff, ferner reichten auf die Dauer die Arbeitskräfte nicht aus, um den notwendigen Umfang der Produktion aufrechtzuerhalten. Die Rechnung ist ja nicht neu, und wir wissen auch, wie sie entstanden ist. In England sind Auszüge aus den Statistischen Jahrbüchern für das Deutsche Reich in Übersetzungen verbreitet, die dartun sollen, daß Deutschland unter allen Umständen einmal den Zustand ökonomischer Erschöpfung erreichen müsse. Wenn nicht in zwei, dann in drei oder vier Jahren. Vorschub hat dieser Ansicht auch ein Aufsatz im „Nauticus“ 1914 geleistet, der leider noch rechtzeitig nach England gelangte und der mit vielen abwegigen Schlüssen bewies, daß Deutschland mit einem Drittel seines Nahrungsmittelbedarfs auf das Ausland angewiesen sei, daß eine vollständige Blockade uns also wohl niederringen könne.

So lange das nicht erreicht ist und wir wissen, daß dieser Zustand niemals erreicht wird, wenn wir nur gelassen bleiben, Einschränkungen ruhig hinnehmen und den von ethischen Hemmungen jeder Art befreiten Kriegsgewinnern die Riesengewinne durch Zuschläge bei der Einkommen- und Vermögenssteuer rechtzeitig wieder abnehmen, so lange werden die Gelehrten der Londoner City für

den eigenen Gebrauch immer wieder vorhalten, daß wir unsere finanziellen Hilfsquellen vollständig ausgeschöpft haben. Tatsächlich hat der Krieg dem Block der Zentralmächte absolut und relativ weniger finanzielle Lasten auferlegt als England und seinen Verbündeten. Vor dem Krieg war der Stand der Staatsschulden:

Milliarden Mark		Milliarden Mark	
Deutschland (Reich und Bundesstaaten*) . .	21	England	14,4
Österreich = Ungarn . .	15	Frankreich	26,3
Türkei, Bulgarien . .	3	Rußland	20,—
	39	Italien	12,—
		Rumänien	1,6
			74,3

Kriegsanleihen seit 1. August 1914:

Milliarden Mark		Milliarden Mark	
Deutschland	36	England	46,—
Österreich = Ungarn . .	11	Frankreich	32,—
Türkei und Bulgarien .	1	Rußland	22,—
	48	Italien	5,4
			107,4

Sie veränderten den Stand der Staatsschulden am 1. September 1916 in folgender Form:

Milliarden Mark		Milliarden Mark	
Deutschland	57	England	60,4
Österreich = Ungarn . .	26	Frankreich	58,3
Türkei und Bulgarien .	4	Rußland	44,—
	87	Italien	17,4
			180,1

Während die Zentralmächte ihre Anleihen hauptsächlich auf langfristigen Terminen abschlossen, haben England, Frankreich und Rußland alte und neue Kreditoperationen vornehmen müssen, mit dem Ergebnis, daß rund zwei Drittel ihrer Kriegsanleihen von 107,4 Milliarden Mark als fließende Schulden anzusprechen sind. Allerdings wirkt dabei die verschieden geartete Organisation der Kapitalmärkte mit. Während Deutschland vorzog, den Nettoüberschuß des Volkseinkommens in heimischen industriellen Neuanlagen, in Pfandbriefen und Sparkassen unterzubringen, pflegten England und Frankreich die Kapitalanlage im Auslande. Daß es infolgedessen den Westmächten nicht oder nur schwer gelingt, ihre Kriegskosten in festen Schulden zu fundieren, läßt nicht den Schluß zu, als ob sie auf dem eigenen Markt nicht genügend Vertrauen fänden oder gar, daß die Reserven erschöpft seien. Die Sorgen der City sind vielmehr anderer Natur. Die Westmächte sind nicht entfernt in der Lage, den Bedarf an Kriegs-

*) Durch den Wert der staatlichen Eisenbahnen nahezu gedeckt.

materialien aller Art selbst herzustellen. Dafür haben sie die berühmte Formel aufgebracht, daß ihnen die Hilfskräfte der ganzen Welt zur Verfügung stünden. Das ist richtig, mit dem Nachsatz, daß der Gebrauch der Kräfte teuer bezahlt werden muß, so teuer, daß er in absehbarer Zeit zu einer finanziellen Erschöpfung der Westmächte führt. Sie ziehen es vor, ihre Operationen mit den Vereinigten Staaten hinter dichten Schleiern vorzunehmen. Allein wir wissen doch, daß die Union seit Beginn des Krieges für rund 12 Milliarden Mark Kriegsmaterial aller Art lieferte, daß England und Frankreich sie bezahlten, indem sie Milliarden an Auslandswerten abführten. Die Liste der Auslandswerte, die das englische Schatzamt als Sicherheiten in New York hinterlegt, umfaßt außer südamerikanischen Werten auch schon Stadtanleihen europäischer Hauptstädte, wie Kopenhagen und Stockholm. Das legt den Schluß nahe, daß die Bestände an Werttiteln der nordamerikanischen Union, die England im Besitz hatte, erschöpft sind.

Das bis 1914 in den Vereinigten Staaten angelegte englische Kapital wurde auf 12 Milliarden Mark geschätzt. Diese 12 Milliarden müssen also wohl in der Hauptsache zurückgeflossen sein, zumal die Liste der nordamerikanischen Werte fast vollständig war. Das vor dem Krieg im Auslande (ohne Kolonien) angelegte britische Kapital betrug rund 40 Milliarden Mark. Es wäre wichtig, festzustellen, wie hoch die Summen sind, die England bis heute an Auslandswerten abgestoßen hat. Die Zinsen und andere Dienste der Kapitalanlagen im Auslande waren bislang eine der Säulen der englischen Zahlungsbilanz. Wenn sie schwach sind, rüttelt das an den Fundamenten der Londoner City, da England mit den Erträgen der Zahlungsbilanz nicht nur das Passivum der Handelsbilanz deckte, sondern auch noch einen Überschuß besaß, der in der Regel immer wieder zu Neuanlagen benutzt wurde. So wie England die Technik des Finanzkapitals ausgebildet hatte, brachte es ihm nicht nur Zinsen, sondern auch Gewinne, da mit der Hergabe die Verpflichtung zur Abnahme englischer Fabrikate verbunden war. Auf diesem Wege macht England gerade den vielumworbenen südamerikanischen Markt von sich abhängig.

Nun hat das britische Schatzamt neuerdings auf die Liste der verpfändeten Werte vornehmlich südamerikanische Anleihen gesetzt. Es sind darunter sämtliche seit 1889 in London abgeschlossene Anleihen Argentiniens, ebenso die Chiles seit 1885. Mit der Verschärfung dieser Werte an die nordamerikanische Union schreitet die Entwicklung kräftig fort, die Englands Handels suprematie in Lateinisch-Amerika brechen muß. Mißliebig hatte es die Londoner City schon aufgenommen, daß die A B C-Staaten ihren Kapitalbedarf in Wallstreet und nicht mehr in Lombardstreet deckten. Rund 350 Millionen Mark hat New York bereits in Argentinien angelegt. Andere amerikanische Banken haben die übrigen A B C-Staaten pouffiert, wie das Bankhaus Chandler u. Co in Philadelphia, das mit der chilenischen Regierung im Juli eine Anleihe von 120 Millionen Mark zu 6 Prozent abschloß, die zum Bau von Eisenbahnen verwendet werden sollen. In Argentinien sind Englands Kapitalinteressen auf 7,5, in Brasilien

auf 3,6, in Chile auf 3,2 Milliarden Mark zu schätzen. Dieser Milliardenabfluß hat zwar unmittelbar den Erfolg, daß er für alle Welt sichtbar den Sterlingkurs hält, aber nur so lange, als diese außerordentlichen Verhältnisse anhalten. Indessen ist der Prozeß der Verschärfung der Werte nicht beendet. Der Krieg soll nach englischen Versicherungen noch Jahre dauern. Der englische Schatzkanzler hat vor einigen Wochen im Unterhaus erklärt, die Kriegskosten würden Ende März 1917 für Altengland auf 69 Milliarden Mark gestiegen sein, was nicht zu schrecken brauche, weil das britische Nationaleinkommen rund 56 Milliarden betrage. Dabei hat der ehrenwerte Herr die erste Summe erheblich unter- und die zweite Summe überschätzt. Die Kriegskosten Englands und seiner Verbündeten betragen jetzt täglich rund 280 Millionen Mark, die England in der Hauptsache unmittelbar oder mittelbar zu decken hat, da sowohl Rußland, als auch Frankreich und Italien am Ende ihrer Kräfte angelangt sind. Für den Monat wären also rund 8,4 Milliarden Mark Kriegskosten zu decken, die allerdings zum Teil in den Ländern der Kriegführenden für den selbst hergestellten Bedarf bleiben, zum anderen Teil aber nach den Vereinigten Staaten wandern. Es ist wahrscheinlich, daß bis Ende März rund 22 Milliarden Mark nach der Union abgeflossen sein werden, zumal die Munitionslieferungen usw. seit Frühjahr 1916 durchschnittlich rund 400 Millionen Mark für den Monat betragen. Daß sich die Amerikaner alles gut bezahlen lassen, rücksichtslos die Preise in die Höhe treiben, das ist die Schattenseite des Geschäftes für die Alliierten und wofür die probritischen Stimmungen in der Union nicht einen gleichwertigen Ersatz bieten.

Indessen handelt es sich für Altengland darum, ob es nach dem Kriege die Absicht ausführen kann, die verschärften Werte wieder einzulösen. Jahr für Jahr müßten Milliarden dafür mobil gemacht werden, mit dem Erfolg, daß der Sterlingkurs auf New York ungünstig stünde. Dazu wirkt mit, daß der englische Handel mit der Union immer passiv war, daß z. B. 1913 der amerikanische Import den britischen Export nach der Union um rund 2,2 Milliarden Mark überstieg. Vor dem Kriege hatten die Vereinigten Staaten Verpflichtungen aus Kapitalanlagen, die durch den Besitzwechsel amerikanischer Werte im Kriege einfach fortfallen. Steht aber der Sterlingkurs auf New York ungünstig, dann muß England den Import aus der Union erheblich teurer als unter normalen Verhältnissen bezahlen. Dieser Umstand ist bei der Diskussion über den „Wirtschaftskrieg“ so gut wie gar nicht beachtet worden. Die Waffe, die England damit gegen uns schmieden will, ist stumpf. Wenn es mit seinen Verbündeten in eine praktisch undurchführbare Zollunion träte, so müßten die Zollschranken sich auch gegen die Neutralen richten. Ist der Sterlingkurs auf New York ungünstig, und er muß es sein, wenn England seine Pfänder auslösen will, muß England selbst die Halb- und Ganzfabrikate in der Union teurer bezahlen, als es sie in Deutschland erhalten könnte. Was wieder zur Folge haben würde, daß England auf dem Weltmarkt distanzierter wäre, weil es nicht mehr zu Konkurrenz-

fähigen Preisen anbieten kann. Diese Gefahr hat die City allerdings auch erkannt, vermeidet aber, offen darüber zu reden. Der Abwendung der Gefahr diene die Pariser Konferenz, die die Verbündeten zu einer wechselseitigen Befruchtung ihrer ökonomischen Energien veranlassen soll. Allein England verfolgt auch dabei unmittelbar seine eigenen Interessen, wenn es sein muß, auf Kosten seiner Waffengefährten von heute. Bezeichnend hierfür ist ein Aufsatz, der am 9. September 1916 im „Economist“ erschien. In akademischer Form werden in ihm die Handelsbeziehungen Englands und Rußlands untersucht, erwähnt, daß Rußland einmal der Weizenlieferant Altenglands war, daß es im Fall einer Mißernte in Nordamerika oder Australien sogar noch 1904, 1905 und 1910 ausgeholfen habe. Der Aufsatz entdeckt dann förmlich, daß Rußland als Lieferant von Nahrungs- und Genußmitteln und von Rohstoffen weit hinter den Vereinigten Staaten stehe. Daß die Dardanellen zuvor erobert werden müssen, ist für den „Economist“ mehr Tatsache als Voraussetzung. Der Zweck der Übung enthüllt sich damit: England braucht für Nahrungsmittel und Rohstoffe einen Lieferanten, dem es nicht verschuldet ist; es will der Gefahr ausweichen, von der nordamerikanischen Union abhängig zu werden. Und da Rußland erhebliche Verpflichtungen gegenüber London hat, deckt es diese zum Teil durch Warenausfuhr. Mit Abänderung des Abzändernden gelten diese Verhältnisse auch für Frankreich. Es hat ebenfalls einige Milliarden in der Union verpfändet; der tatsächliche Betrag läßt sich nicht feststellen, ist keineswegs aus den offiziellen Angaben zu entnehmen. Eher sind Schlüsse aus der Höhe des Notenumlaufs in Frankreich möglich, wenn man die Neigung der Franzosen zur Thesaurierung berücksichtigt. Der Notenumlauf hat 13 Milliarden Mark bereits überschritten, obschon er nur für eine Bevölkerung von 36 Millionen bestimmt ist. Wenn trotzdem die französische Valuta als relativ günstig bezeichnet werden kann, so erhellt daraus, daß nicht die Inflation mit Papiergeld allein die Ursache der gewichenen Wechselkurse sein kann. Dies behauptet unter anderen auch Professor Gustaf Cassel in seiner Studie über Deutschlands wirtschaftliche Widerstandskraft, in der er die Erklärung für die ungünstige Valuta Deutschlands in der Überflutung mit Papiergeld sucht. Das ist schon als Tatsache nicht richtig, weil der Notenumlauf in Frankreich relativ und absolut höher ist. Trotzdem darf nicht verkannt werden, daß ein Zusammenhang der ungünstigen Valuta Deutschlands mit seinen Geldverhältnissen besteht. Hier offenbart sich die Schädlichkeit und Gemeingefährlichkeit der Preistreiberien. England hat einen hoch ausgebildeten bargeldlosen Zahlungsverkehr, der ihm ermöglicht, die Banknotenausgabe auf ein unerläßliches Maß zu beschränken. Daß wir ebenso zu dieser Sitte übergehen müssen, ist nicht nur eine kriegswirtschaftlich gebotene Notwendigkeit, sondern muß eine dauernde Einrichtung und Gewohnheit bleiben. Unsere Valuta beeinflusst das nur mittelbar; ihre Verbesserung wird die Aufhebung der Blockade und den freien Eingang zu den Weltmärkten bringen. Wobei aber damit zu rechnen ist, daß die vor dem

Krieg geltenden Pariverhältnisse nicht wieder erreicht werden, weil die internationalen Verschiebungen auf dem Geldmarkt zu tief und zu nachhaltig sind. Die Leidtragenden sind vornehmlich England und seine Verbündeten, weil die während des Krieges eingegangene Verschuldung nach dem Kriege in den Wechselkursen zum Ausdruck kommen muß. Das Höchstmaß wirtschaftlicher Erzeugung, das wir vom Weltmarkt abgeschlossen leisteten, hat durch die Preistreiberereien zwar einen größeren Wert bekommen, der sich aber nur gegen uns richtet. Und dieser „größere“ Wert hat sein Spiegelbild in den Wechselkursen.

Andersgeartet sind die Verschuldungen Rußlands und Italiens, aber nur im Ziel, nicht dem Grunde nach. Während die Westmächte ihre finanziellen Reserven zu Gunsten der Vereinigten Staaten mobilisierten, sind Rußland und Italien Verpflichtungen in Paris und London eingegangen, deren tatsächlicher Umfang aus den amtlichen Veröffentlichungen nicht festzustellen ist. Rußland hängt allein in London mit mehr als drei Milliarden Kriegspromessen, während die Verschuldung gegenüber Frankreich vor dem Kriege schon auf 17 Milliarden Mark berechnet wurde, zu der sich während des Krieges die von der Bank von Frankreich vorgeschossene Kuponzahlung gesellt, die mit andern Leistungen zusammen etwa 2 Milliarden Mark beträgt. Rußland besitzt heute eine Staatschuld von 44 Milliarden Mark, zu der allerdings noch Nachzügler kommen werden. Der russische Staatshaushalt war für 1914 mit 7 Milliarden Mark in Einnahme und Ausgabe abgeglichen; unter den Ausgaben standen 1 Milliarde für die Staatschuld an zweiter Stelle. Die Verzinsung einer Staatschuld von 50 Milliarden zu nur 5 Prozent (für die Kriegsanleihen $5\frac{1}{2}$ Prozent, für den Dreijahreskredit von 250 Millionen Mark in den Vereinigten Staaten sogar $6\frac{1}{2}$ Prozent) würde allein 2,5 Milliarden Mark erfordern, die aufzubringen selbst für ein Rußland in den alten Grenzen angesichts der Kriegszerstörungen unmöglich wäre. Auch nicht wenn man auf das Alkoholmonopol zurückgriffe, das dem russischen Reiche vor dem Kriege rund 2 Milliarden Mark einbrachte. England und Nordamerika haben sich überdies der Bodenschätze im Ural bemächtigt, sowie sich sonstige Sicherheiten für die Kriegslieferungen erteilen lassen. Hier wird das Schicksal Frankreichs zur Tragödie, denn es wird in erster Reihe den finanziellen Zusammenbruch Rußlands bis in die Tiefen seiner Volkswirtschaft spüren. Zu der eigensten Schuldenlast Frankreichs von vielleicht 70 Milliarden Mark nach dem Kriege kommt der Verlust der russischen Milliarden, die kein Kriegsglück mehr abzuwenden vermag. Frankreich, das vor dem Kriege für die Verzinsung seiner Staatschuld 1,1 Milliarden Mark aufzubringen hatte, die allerdings hauptsächlich im Lande blieben, mußte nach dem Kriege rund $3\frac{1}{2}$ Milliarden Mark für diesen Posten zahlen, während sein Haushalt im letzten Friedensjahr rechnerisch um 4,2 Milliarden Mark Einnahmen auswies. Italien kämpft heute mit einer Schuldenlast von 17 Milliarden Mark, die nach dem Kriege auf vielleicht 25 Milliarden Mark anschwellen wird, die bei durchschnittlich 5 Prozent Verzinsung 1,5 Milliarden Mark ver-

langen, während die Staatseinnahmen im letzten Friedensjahr kaum 2,1 Milliarden Mark betragen. Nun ist das allerdings nicht der Maßstab, an der die finanzielle Tragfähigkeit der Kriegführenden nach Friedensschluß gemessen werden kann. Wollte man eine ähnliche Rechnung für Deutschland aufmachen, so stünden wir vor 10,5 Milliarden Einnahmen des Reichs und der Bundesstaaten, die freilich durch Ausgaben im gleichen Betrage verzehrt werden. Allein die Eisenbahnen bringen dem Reich und den Staaten jährlich über 3 Milliarden Mark, ein Posten, den Frankreich und England nicht kennen, während er bei Rußland vor dem Kriege 1,6 Milliarden Mark ausmachte. Was unsere finanzielle Stärke und Sicherheit nach dem Kriege gewährleistet, ist, daß wir uns nicht an das Ausland verschulden mußten, daß die Kriegsschulden auf lange Termine abgeschlossen wurden, die für die Dispositionen unseres Geldmarktes also bekannte Größen sind. Demgegenüber sind die Verhältnisse der englischen Finanzen mehr als undurchsichtig. Nicht nur muß der Abfluß der Auslandsguthaben einwirken, sondern auch der während des Krieges in England in Schatzscheinen angelegten fremden Gelder. Gewiß hat man sie zum Teil in vier- und fünfjährigen Schatzscheinen eingefangen, allein sie werden nach dem Kriege die Tendenz zur Abwanderung haben, um anderswo höherverzinsliche Anlagen zu suchen. Dem wird England zwar vorbeugen, vielleicht durch Anziehung der Diskontschraube, aber das wäre kein Mittel, um den beginnenden Verfall der Finanzherrschaft aufzuhalten.

Schließlich hängt die Gestaltung der Finanzen nach dem Kriege von der unerschütterten Produktionskraft ab, weiter davon, welche Verschiebungen die Zahlungsbilanzen der kriegführenden Staaten erleiden. England und seine Verbündeten haben die Hilfsquellen der Welt in Anspruch genommen, was ihnen eine Last aufbürdete, unter der der eine oder der andere der Pariser Verschworenen zusammenbrechen muß. Daß es gerade die Vereinigten Staaten sind, in die der Reichtum des alten Europas abfloß, wohlgemerkt aber nur der unserer Gegner, erleichtert den Zentralmächten nach dem Kriege die Aufnahme der weltwirtschaftlichen Beziehungen. England und Frankreich werden ihre Rohstoffe aus der Union künftig teuer bezahlen müssen, also auch entsprechend teurer produzieren. Das haben die Urheber der Pariser Konferenzen vorausgesehen und deshalb heizzeiten Vorsorge treffen wollen, sich gegen die günstiger gestellte deutsche Exportindustrie durch Zollmauern zu schützen. Nicht Angriffsziele hat der Pariser Wirtschaftsblock aufstellen, sondern Verteidigungsmittel ersinnen wollen, die doch niemals so groß und so fest sein können, um die sehr realen wirtschaftlichen Interessen des Weltmarktes den Zwecken einer fehlgeschlagenen Politik unterzuordnen.

Diese Erwägungen müssen dazu führen, die fünfte Kriegsanleihe zu einer neuen Waffe zu machen, die England das Schicksal bereiten hilft, das Deutschland zugedacht war.